A1 Wasser ist Leben: Unterfranken klimaresilient und wassersicher machen

Gremium:	Bezirksvorstand Unterfranken
Beschlussdatum:	18.11.2026
Tagesordnungspunkt:	3.2. Resolution zur Abstimmung

Antragstext

Antragsteller*in: Bezirksvorstand und Patrick Friedl MdL, Kerstin Celina MdL, Paul Knoblach MdL
Adressat: Bezirksparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Unterfranken am 21.11.2026

Wasser ist die Schicksalsfrage unserer Zeit – für alle Menschen in Unterfranken, für unsere Landwirtschaft, unseren traditionsreichen Weinbau, unser Handwerk, Industrie und Gewerbe sowie für unsere Gesundheitsversorgung und damit für unsere soziale Sicherheit. Zugleich ist Wasser die unverzichtbare Voraussetzung für den Erhalt unserer heimischen Natur, der Artenvielfalt und unserer Ökosysteme. Nur mit einem intakten Wasserhaushalt können wir uns den Klimaveränderungen wirksam anpassen.

Gerade Unterfranken als trockenste Region Bayerns steht im Zentrum der Klimakrise. Die extremen Dürre- und Hitzeperioden der vergangenen Jahre – und insbesondere des Sommers 2026 – zeigen unmissverständlich: Die Zeiten, in denen Wasser scheinbar unbegrenzt verfügbar war, sind vorbei. Grundwasserstände sinken. Im Main, in der Fränkischen Saale und in unseren Bächen häufen sich drastische Niedrigwasserlagen. Südbayern und der Bodensee sind wegen extrem geringer Niederschläge kein verlässlicher Rückhalt mehr für den gesamtbayerischen Wasserhaushalt. Hitzebedingte Extremwetterereignisse nehmen zu. Das alles setzt Mensch und Natur massiv unter Druck. Kraftwerke, Bergbau und andere Industrieunternehmen (z.B. Rechenzentren oder Getränkehersteller) konkurrieren mit Landwirtschaft, Weinbau und der Bevölkerung um unser wertvolles Grundwasser.

Deshalb müssen wir jetzt entschlossen handeln:

Wir müssen das Wasser in der Landschaft halten, unsere unterfränkischen Städte und Gemeinden zu Schwammstädten machen, einen konsequent sparsamen Umgang mit Wasser – insbesondere bei der Bewässerung – etablieren, die natürliche Verdunstung durch Begrünung und Beschattung fördern, das Austrocknen der Böden verlangsamen und unser Trinkwasser umfassend schützen.

Auf Grundlage der Grünen Landtagsinitiativen (u.a. den jüngsten Drucksachen 19/13043 und 19/13194) fordern wir die Bayerische Staatsregierung sowie die regionalen und kommunalen Entscheidungsträger*innen in Unterfranken zu folgenden Maßnahmen auf:

1. Wasser in der Landschaft halten, Landwirtschaft und Weinbau stärken

- Wasserrückhalt in der Fläche ausbauen:
  Wir brauchen eine konsequente Renaturierung von Main-Zuflüssen, Bächen, Auen und Feuchtgebieten in ganz Unterfranken. Nicht mehr zwingend benötigte Drainagen müssen zurückgebaut werden. Dezentrale

Regenrückhaltemaßnahmen und Wasserspeicher in der Landschaft müssen unbürokratisch gefördert werden.

- Landwirtschaft, Sonderkulturen und Weinbau klimafest machen:
  Wir unterstützen unsere unterfränkischen Bäuer*innen, Gärtner*innen und Winzer*innen beim Umbau hin zu trockenheitsresistenten Kulturen und Rebsorten, standortangepassten Fruchtfolgen und humusaufbauender Bodenbewirtschaftung. Die Anlage von Agroforstsystemen sowie frei wachsenden Hecken und Feldgehölzen muss gestärkt werden, um Wind zu bremsen, Schatten zu spenden und das Austrocknen der Böden zu verlangsamen.

- Waldumbau beschleunigen:
  Unsere heimischen Wälder vom Spessart über die Rhön bis in den Steigerwald sind zentrale Wasserspeicher. Der Umbau hin zu klimastabilen, artenreichen Mischwäldern muss vorrangig vorangetrieben werden.

2. Unterfränkische Kommunen zu Schwammstädten umbauen

- Wassersensibles Planen und Bauen verankern:
  Das Schwammstadt-Prinzip muss verbindlich in der kommunalen Bauleitplanung sowie im bayerischen Planungs- und Baurecht festgeschrieben werden. Ziel ist es, Regenwasser vor Ort versickern zu lassen, zu speichern und für Trockenperioden nutzbar zu machen, statt es ungenutzt in die Kanalisation abzuleiten. In den Räten setzen wir uns deswegen für eine Zisternenpflicht bei Neubauten bzw. für eine Förderung der Nachrüstung von Zisternen zur Gartenbewässerung ein.

- Entsiegelung, Begrünung und Beschattung fördern:
  Gerade in den stark hitzebelasteten unterfränkischen Tälern und Innenstädten müssen kommunale Hitzeaktionspläne mit Entsiegelungsprogrammen verknüpft werden. Die Hitzeresilienz unserer Städte, Märkte und Dörfer stärken wir unter anderem mit folgenden Maßnahmen: mehr Dach- und Fassadenbegrünung, Erhaltung und Neupflanzung von Stadtbäumen, Erhaltung und Verbesserung von Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen.

- Bürgerschaftliches Engagement einbinden:
  Wir unterstützen regionale Aktionen wie „Stadtbäume retten“, die Bürger*innen motivieren und dabei helfen, Straßen- und Parkbäume in Hitzeperioden gezielt mit gespeichertem Regen- oder Zisternenwasser zu versorgen.

3. Trinkwasser kompromisslos schützen – Kein Gipsabbau unter den Zeller Quellen!

- Vorrang für den Trinkwasserschutz statt unkalkulierbarer Bergbaurisiken:
  Wir lehnen den geplanten untertägigen Abbau von Gips in der „Altertheimer Mulde“ (Gemeindegebiete Altertheim, Waldbrunn und Helmstadt) entschieden ab. Das geplante Bergwerk liegt mitten im Wassereinzugsgebiet und im geplanten Erweiterungsgebiet des Wasserschutzgebiets der Zeller Quellen

(Zeller Quellstollen), das rund 80.000 Menschen in der Stadt und im Landkreis Würzburg mit lebenswichtigem Trinkwasser versorgt.

- Schutz der Grundwasserleiter sichern:
  Der geplante Gipsabbau soll auf über sieben Quadratkilometern Fläche mit Bohrungen und Sprengungen nur wenige Meter unterhalb des Hauptgrundwasserleiters stattfinden. Das birgt das unkalkulierbare Risiko von Rissen im Deckgestein, Grundwasserverlusten und Verunreinigungen. Wir sind überzeugt, dass die wasserrechtliche und bergrechtliche Genehmigung für das Vorhaben nicht erteilt werden darf, weil erhebliche Beeinträchtigungen der Zeller Quellen durch den Gipsabbau nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden können.

- Wasserschutzgebiete zügig ausweisen:
  Das laufende Verfahren zur Erweiterung des Wasserschutzgebiets „Zeller Quellstollen“ auf über 66 Quadratkilometer sowie weitere anhängige Schutzgebietsverfahren in Unterfranken (wie etwa für die Brunnen in Altertheim) müssen mit höchster Priorität abgeschlossen werden. Wir unterstützen das Ziel, den Anteil der Wasserschutzgebiete in Bayern innerhalb von fünf Jahren von rund fünf auf mindestens zehn Prozent der Landesfläche zu verdoppeln.

- Tiefengrundwasser sichern und Verwaltung stärken:
  Unser hochwertiges unterfränkisches Tiefengrundwasser muss höchsten Schutz erhalten. Gleichzeitig fordern wir eine deutliche personelle Stärkung der Wasserwirtschaftsämter, insbesondere die Wiedererrichtung des Wasserwirtschaftsamtes Würzburg. Dadurch sollen Schutzgebiets-, Genehmigungs- und Klimaanpassungsverfahren in Unterfranken schnell und fachlich fundiert umgesetzt werden können.

4. Sparsamer Umgang mit Wasser und „Water-Smart Economy“

- Effizienz bei der Bewässerung:
  In der Landwirtschaft, im Weinbau, im Gemüse- und Obstanbau sowie im kommunalen Grünflächenmanagement müssen wassersparende Bewässerungssysteme (wie Tröpfchenbewässerung) kombiniert mit lokalen Wasserspeichern (Zisternen, Rückhaltebecken) gefördert werden. Gleichzeitig braucht es verbindliche Vorgaben für fachlich sinnvolle Bewässerungszeiten, um Wasserverluste durch Verdunstung in den heißesten Tagesstunden zu vermeiden.

- Wasserkreisläufe in Industrie und Gewerbe schließen:
  Wir fordern eine gezielte Förderung für die Wiederverwendung von Betriebs- und Grauwasser sowie den Ausbau geschlossener Wasserkreisläufe in den unterfränkischen Betrieben. Das Wasserentnahmeentgelt („Wassercent“) muss ökologisch so weiterentwickelt werden, dass echtes Wassersparen belohnt und übermäßige Entnahmen vermieden werden.

- Kommunale Netze sanieren:
  Die Fördermittel für wasserwirtschaftliche Vorhaben (RZWas) müssen deutlich aufgestockt und für kleinere Kommunen und Zweckverbände leichter

zugänglich gemacht werden. Ziel ist es, Leitungsverluste zu minimieren und Trinkwasser vor Verkeimung durch steigende Temperaturen zu schützen.

Begründung

Die extremen Niedrigwasser- und Hitzeperioden des Jahres 2026 haben uns erneut vor Augen geführt, dass die Wasserressourcen in Unterfranken an ihre Belastungsgrenzen stoßen. Trinkwasserversorgung, Landwirtschaft, Weinbau, Wirtschaft und Gewässerökosysteme geraten in akute Nutzungskonflikte.

In dieser ohnehin angespannten Lage ist es völlig unverantwortlich, mit dem geplanten Gipsbergwerk in der Altertheimer Mulde das wichtigste Trinkwassereinzugsgebiet im Großraum Würzburg aufs Spiel zu setzen. Die Stadt Würzburg, Umweltverbände und die Bevölkerung vor Ort warnen eindringlich vor den möglichen Folgen, unter anderem mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid in Altertheim. Für die Wasserversorgung von rund 80.000 Menschen darf kein unkalkulierbares Risiko eingegangen werden.

Zugleich greift es zu kurz, allein auf überregionale Fernwasserleitungen zu setzen, da auch traditionell wasserreiche Bezugsgebiete zunehmend selbst unter Wassermangel leiden. Eine zukunftsfeste Wasserpolitik für Unterfranken muss deshalb direkt vor Ort ansetzen: durch konsequentes Wassersparen, intelligenten Wasserrückhalt in Stadt und Land sowie den unbedingten Schutz unserer Grundwasserleiter und Quellen.

Wasser ist Leben!

A2 Antrag des Bezirksvorstandes: Erhöhung der Bezirksumlage

Gremium:	Bezirksvorstand Unterfranken
Beschlussdatum:	26.10.2026
Tagesordnungspunkt:	9 Beschluss Erhöhung der Bezirksumlage

Antragstext

Zur Unterstützung des Bezirksverband leisten die unterfränkischen Kreisverbände seit einigen Jahren (unseres Wissens nach seit 2011) einen Beitragsanteil pro Mitglied in Höhe von 0,10 € pro Monat an den Bezirksverband. Dieser wird von den Konten der Kreisverbände quartalsweise eingezogen. Aus Gründen des Inflationsausgleiches und der Professionalisierung des Bezirksangebotes beantragt der Bezirksverband nun die Erhöhung der Bezirksumlage von 0,10 € auf 0,12 € pro Mitglied pro Monat (Beschluss der Bezirksvorstandssitzung vom 29.9.26).